

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ab sofort erhaltet ihr den Kommunal-Newsletter über die Adresse nl-kommunal@info.die-linke.de. Bei der Übersendung über diesen Mailserver verzichten wir auf das Anhängen des Newsletters. Wir archivieren den Newsletter unter der Adresse <http://die-linke.de/politik/kommunal/kommunalnewsletter/>.

Mit dem Kommunal-Newsletter der AG Kommunalpolitik der Fraktion DIE LINKE. übermitteln wir euch aktuelle Informationen zu verschiedenen kommunal relevanten Themen aus EU, Bund, Ländern und Kommunen. Wie immer nehmen wir sehr gern weiterführende Hinweise oder Verbesserungen zur Gestaltung des Kommunal-Newsletters entgegen. Um möglichst Viele zu erreichen, wären wir euch auch dankbar, wenn ihr den Kommunal-Newsletter weiter verschicken oder empfehlen würdet.

Mit freundlichen Grüßen
Katrín Kunert (MdB), Petra Brangsch, Felicitas Weck und Manfred Klaus

D i e I n h a l t e

- 1. Bundesweite Konferenzen der Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE.**
- 2. Parlamentarische Initiativen**
- 3. Themen**
 - 3.1. Bürgerhaushalt**
 - 3.2. Kommunalfinanzen**
 - 3.3. Kinder, Jugend, Familie**
 - 3.4. Integrationspolitik**
 - 3.5. Kultur**
 - 3.6. Umwelt und Verkehr**
 - 3.7. Klimaschutz**
 - 3.8. Ländlicher Raum**
 - 3.9. Verwaltungsreform**
 - 3.10. Verschiedenes**
- 4. Veranstaltungen**
- 5. Veröffentlichungen**
- 6. Personalien – Linke Mandate**
- 7. Kontakte**

1. Bundesweite Konferenzen der Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE

7. Oktober 2008, 19.00 Uhr in Berlin

Das 5. Europäische Sozialforum in Malmö

Eindrücke und Diskussionen über den Aufbruch in ein anderes Europa
Die Bundestagsfraktion DIE LINKE und die Rosa-Luxemburg-Stiftung bieten mit dieser Veranstaltung allen Interessierten ein Podium, um Stand und Perspektiven der europäischen sozialen Bewegungen gemeinsam zu diskutieren. Verbunden wird dies mit einer ersten Auswertung des 5. Europäischen Sozialforums in Malmö.

<http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=17148&type=0>

31. Oktober und 1. November 2008 in Essen

III. Stadtumbaukonferenz der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Die Konferenz vermittelt Erfahrungen aus dem Stadtumbau, der Stadtschrumpfung und dem Umgang mit dem hohen Wohnungsleerstand im Osten. Können diese Erfahrungen Fehlentwicklungen beim Stadtumbau im Westen verhindern? DIE LINKE formuliert ihre eigenen Ansprüche an einen ökologisch orientierten Stadtumbau, an eine gesunde und lebenswerte Stadt für alle. Darüber hinaus soll der bisherige Verlauf und die bisherigen Ergebnisse des Stadtumbaus West analysiert werden.

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmdb/7714147585.pdf>

Vorankündigungen

7. November 2008

Konferenz der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der LINKEN 2008

Berlin, genauer Veranstaltungsort und Ablauf werden noch bekannt gegeben

http://die-linke.de/fileadmin/download/termine/081107_buergermeisterkonferenz_vorab.pdf

2. Parlamentarische Initiativen

Gesetzentwurf der Bundesregierung – Viertes Gesetz zur Änderung verfahrensrechtlicher Vorschriften (Umsetzung der EU-DLR zum „einheitlichen Ansprechpartner“)

<http://dip21.bundestag.de/dip21/brd/2008/0580-08.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu den Defiziten ökonomischer Bildung an allgemeinbildenden Schulen

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/099/1609946.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Ausländerfeindlichen und rechtsextremistischen Ausschreitungen in der BRD im Mai 2008

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/099/1609949.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Anrechnung von Renten für NS-Verfolgung auf Leistungen aus dem SGB XII bei jüdischen Kontingentflüchtlingen

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/099/1609950.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu Unklarheiten und Problemen bei der Umsetzung der Regelungen des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/099/1609980.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zur Höhe und Entwicklung des sächlichen Existenzminimums für Kinder und Erwachsene

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/099/1609999.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zum Kindergeld

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/100/1610004.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu den volkswirtschaftlichen Gesamtkosten der Energieversorgung

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/100/1610029.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu Sinkende Staatsquote in Deutschland

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/100/1610051.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu den Volkswirtschaftlichen Kosten der Atomenergie

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/100/1610077.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zur Anrechnung der Opferentschädigung verfolgter Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus auf Leistungen nach dem SGB XII

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/100/1610079.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu den Problemen bei der Umsetzung der Gesundheitsreform

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/100/1610084.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zur Zwischenbilanz der Breitbandaktivitäten der Bundesregierung

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/100/1610089.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Antisemitischen Straftaten im II. Quartal 2009

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/100/1610091.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zerlegung der Gewerbesteuer bei Windenergie- und Photovoltaikanlagen

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/100/1610099.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Ausländerfeindlichen und rechtsextremistischen Ausschreitungen in der BRD im Juni 2008

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/101/1610103.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Rechtsextremen Aufmärschen im II. Quartal 2008

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/101/1610125.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Musikveranstaltungen der extremen Rechten im II. Quartal 2008

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/101/1610126.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Ermittlungs- und Strafverfahren gegen mutmaßliche rechtsextreme Straftäter im Jahr 2007

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/101/1610127.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Datenschutz und SGB II

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/101/1610147.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu den Bekenntnissen der Bundesregierung zum Aufbau Ost und zur Kürzung der Fördermittel

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/101/1610165.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu den Auswirkungen des REIT-Gesetzes eineinhalb Jahre nach dessen Inkrafttreten

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/101/1610166.pdf>

3. Themen

3.1. Bürgerhaushalt

Bürgerhaushalt auch in Oldenburg

Initiiert durch die Fraktion DIE LINKE diskutiert der Rat in Oldenburg bereits sei längerem, wie die Bürgerinnen und Bürger an der Aufstellung, Umsetzung und Kontrolle des städtischen Haushaltes beteiligen können. Bei dem Verfahren, das in der nächsten Ratssitzung beschlossen werden soll, stützt man sich insbesondere auf Erfahrungen von Porto Alegre sowie der Berliner Bezirke Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf.

http://www.buergerbegehren-ol.de/pdf_download/rat_antrag_linkspartei_10062006.pdf

3.2. Kommunalfinanzen

Studie: Öffentliche Hand verschenkt bei Einkauf vier Milliarden Euro

„Bund, Länder und Gemeinden verschenken beim Einkauf von Materialien und Dienstleistungen pro Jahr mehr als vier Milliarden Euro. Das geht aus einer am 8. September 2008 in Düsseldorf vorgestellten Studie der Managementberatung A.T. Kearney und des Lehrstuhls für Empirische Finanzwissenschaften und Finanzpolitik an der Technischen Universität Dresden hervor. Das größte Einsparpotenzial gebe es mit 2,6 Milliarden Euro auf Gemeindeebene.“

[http://www.tu-dresden.de/wwwlemp/publikation/Seitz\(2008\)SharedServicesimEinkaufGovernment.pdf](http://www.tu-dresden.de/wwwlemp/publikation/Seitz(2008)SharedServicesimEinkaufGovernment.pdf)

3.3. Kinder, Jugend und Familie

Familie im Wandel – Anforderungen an eine Familienpolitik mit Zukunft

In der nun vorliegenden Kongressdokumentation finden sich interessante Beiträge, die die Stellung von Familie in unserer Gesellschaft reflektieren, eine Bestandsanalyse vornehmen, sich kritisch mit der Familienpolitik der Bundesregierung auseinandersetzen sowie Fakten, Anregungen und Ideen für die Arbeit im Bereich Familienpolitik liefern.

<http://www.der-paritaetische.de/index.php?id=verbandstag08>

Kinder- und jugendpolitisches Leitpapier

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) verabschiedete im Vorfeld des 13. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetages ein Leitpapier, das den fach- und jugend(hilfe)politischen Diskurs zur Umsetzung des Ziels „Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!“ in den Strukturen, bei Trägern und Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe anregen soll. Es soll zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe auf allen Ebenen beitragen und den kritisch-konstruktiven Dialog unterstützen und fördern.

<http://www.agj.de/pdf/Leitpapier.pdf>

13. Deutscher Kinder und Jugendhilfetag

Unter dem Motto „Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!“ fand vom 18. bis 20. Juni 2008 in Essen der 13. Kinder- und Jugendhilfetag statt. Beiträge und Projekte sind zu finden unter:

<http://www.der-paritaetische.de/index.php?id=djht>

3.4. Integrationspolitik

NRW: Initiative Mehr Demokratie fordert Kommunalwahlrecht für Ausländer

Fast eine Million Menschen leben in Nordrhein-Westfalen ohne deutschen Pass. Der überwiegende Teil dieser Einwohnerinnen und Einwohner lebt bereits seit vielen Jahren, teilweise seit Jahrzehnten in diesem Land.

<http://www.koeln-nachrichten.de/content/view/3490/54/>

Migrationsarbeit als Motor interkultureller Öffnungsprozesse

Die Broschüre hat das Ziel, den Stand der Diskussion um interkulturelle Öffnung und Kompetenz wiederzugeben und mit den Anforderungen der Einwanderungsgesellschaft zu verknüpfen. Sie versteht sich als Handreichung aus der Praxis für die Praxis.

http://www.der-paritaetische.de/uploads/tx_pdforder/iko-gesamt.pdf

3.5. Kultur

Kommunen haben größten Anteil an Kulturfinanzierung

Den größten Teil der öffentlichen Kulturausgaben tragen die Kommunen. Der am Dienstag vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden veröffentlichte Kulturfinanzbericht 2008 weist einen Anteil der Kommunen an der Kulturfinanzierung für das Jahr 2005 von 45 Prozent aus. Die Länder beteiligten sich mit rund 42 Prozent, der Bund mit 13 Prozent an den insgesamt acht Milliarden Euro Ausgaben für den Kulturbereich.

http://www.statistikportal.de/statistik-portal/kulturfinanzbericht_2008.pdf

3.6. Umwelt und Verkehr

meinstadt.de präsentiert die zehn fahrradfreundlichsten Städte Deutschlands

Was fahrradfreundliche Städte ausmacht und welche in Deutschland darunter fallen, hat der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) ermittelt. Das Online-Städteportal [meinstadt.de](http://www.meinstadt.de) hat dazu eine Rangliste mit den zehn Gewinnern (Münster, Kiel, Oberhausen, Hannover, Bremen, Leipzig, Bonn, Magdeburg, Bielefeld, Karlsruhe) veröffentlicht.

<http://home.meinstadt.de/deutschland/fahrradfreundliche-gemeinden>

3.7. Klimaschutz

Osnabrück: Höhendaten von Dächern offenbaren enormes CO2-Einsparpotenzial

Luftbildbefliegungen gehören zum Standardprogramm aller größeren Kommunen und Landkreise, um Veränderungen in der Landschaft, der Bebauung etc. regelmäßig zu dokumentieren und auszuwerten. Die Stadt Osnabrück hat bei Luftbefliegungen mittels eines Laserscanners 350 Millionen Höhenpunkte im cm-Bereich gesammelt. Informationen, die eigentlich für Hochwasserprognosen gedacht waren. Doch durch eine neue Rechenmethode brachten die Daten noch viel mehr: Sie zeigen heute das Solarpotenzial für jedes Dach der Stadt. Im Internet sind die Daten für jeden einsehbar. Die Eingabe von Straße und Hausnummer genügt, um zu erfahren, ob es sich lohnt, auf dem eigenen Dach eine Solaranlage zu bauen.

http://www.nabu.de/m01/m01_01/08413.html

Konvent der BürgermeisterInnen zum Klimaschutz

Die deutsche Fassung des Konvent der BürgermeisterInnen liegt nun vor:

http://www.klimabuendnis.org/fileadmin/inhalte/dokumente/covenant_of_mayors_de.pdf

Tatort: Energiekommune - Workshop-Dokumentation

Im Rahmen des Projektes Energiekommunal fanden im Juni 2008 die ersten beiden Workshops in Norderstedt und Frankfurt am Main statt. Themen waren konkrete Energiesparmaßnahmen, energetische Sanierung kommunaler Liegenschaften, kommunale Energiestandards für Neubau und Sanierung sowie Energieoptimierung im Fokus der Bauleitplanung.

Mehr unter: <http://www.energiekommunal.de/termine.html>

Internetplattform zu erneuerbaren Energien

Die Agentur für Erneuerbare Energien hat Bürgermeister, Landräte und Unternehmer in beispielhaften Kommunen nach ihren Erfahrungen mit Erneuerbaren-Energien-Projekten befragt. Entstanden sind Berichte und Filmbeiträge, die auf einer Internetplattform abgerufen werden können. Darin zeigen die „Kommunalen Macher“, wie sie mit erneuerbaren Energien vor Ort eine unabhängige Energieversorgung und mehr lokale Wertschöpfung umsetzen.

www.kommunal-erneuerbar.de

"Mehr Mobilität, aber klimagerecht"

Ein Audiobeitrag zur Veranstaltung des Arbeitskreises Innovative Verkehrspolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung am 17. Juni 2008 in Berlin zu diesem Thema befindet sich unter

http://www.fes.de/aktuell/audio/Beitrag_Mobilitaet_17_6_08_5min09_schnelles%20Hoeren.mp3

Kiel – Energie- und Klimaschutzkonzept

Bereits seit mehreren Jahren setzt die Stadtverwaltung zahlreiche Energiesparmaßnahmen um, die den Energieverbrauch gesenkt haben. Im Rahmen der Lokalen Agenda 21 wurden Projekte und Aktivitäten entwickelt. Beispiele hierfür unter:

http://www.kiel.de/Aemter_01_bis_20/18/Agenda21/aktivitaeten.htm

3.8. Ländlicher Raum

Daseinsvorsorge für ländliche Räume

Anfang April 2008 fand in Köln die gemeinsam von der OECD und dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) veranstaltete Konferenz "Innovative Daseinsvorsorge: Den Herausforderungen für ländliche Räume begegnen" statt. Die Kernaussagen dieser Konferenz befinden sich jetzt online auf der Homepage des BMELV unter folgendem Link:

http://www.bmelv.de/DE/08-LaendlicheRaume/LaendlicheEntwicklung/OECDKonferenz/_OECDKonferenz_node.html

3.9. Verwaltungsreform

Konferenz "Institutionelle Vielfalt und Neue Unübersichtlichkeit - Zukunftsperspektiven effizienter Steuerung öffentlicher Aufgaben zwischen Public Management und Public Governance" am Freitag, dem 14. November 2008

„Die öffentliche Verwaltung ist augenblicklich mit zum Teil völlig neuen Herausforderungen konfrontiert. Es besteht eine große Unsicherheit, wie effektive Verwaltungssteuerung in Zukunft aussehen kann. Bisherige Konzepte wie New Public Management und Neues Steuerungsmodell scheinen überholt. Neue Konzepte wie Public Governance haben ihre Bewährungsprobe noch nicht bestanden. In dieser Situation gibt es offenkundig einen großen Bedarf an konzeptionellen Ideen als Orientierungshilfe für die künftige Entwicklung der Verwaltung. Als "Orientierungshelfer" werden namhafte Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis über neue Herausforderungen für die staatliche und kommunale Verwaltung referieren.“

<http://www.uni-leipzig.de/~roeber/>

3.10. Verschiedenes

Katastrophenschutz

Der Behörden Spiegel, Deutschlands größte Zeitung für den Öffentlichen Dienst, führte zusammen mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) im Frühjahr 2008 einen zweitägigen Kongress für Bürgermeisterinnen, Bürgermeister und Führungskräfte aus Städten, Gemeinden und Landkreisen durch. Die Beiträge wurden jetzt veröffentlicht. Sie sind eine gute Fundgrube für kommunales Agieren auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes.

<http://www.buergermeisterkongress.de/v2008.htm>

Bundeswehr greift in die Kommunalpolitik ein

Ohne viel Aufhebens zu machen, erobert die Bundeswehr Positionen in Rathäusern und Landratsämtern. Die letzten Verteidigungsbezirkskommandos der Bundeswehr aus der Zeit der Blockkonfrontation sind in Nordrhein-Westfalen in den letzten Monaten aufgelöst worden.

<https://www.dfg-vk.de/thematisches/bw-inneren/2008/299> Die Linke im Rat von Bochum befragt ihre Verwaltung dazu http://die-linke.de/fileadmin/download/kommunal-antragsdatenbank/0xx/77/77_ZivilmilitaerischeZusammenarbeit.pdf

Paul Schäfer, MdB hat dazu schon im Febr. 2007 ein briefing geschrieben

http://www.paulschaefer.info/cms/userfiles/File/NeuordnungZMZ-Informationen_Februar2007_.pdf

4. Veranstaltungen

16. September 2008

Klimaschutz in der Kommune - Zwischen Pragmatismus und langfristigen Zielen

Veranstalter: Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e. V.

Ort: Saalbau Gutleut, Rottweiler Str. 32, 60327 Frankfurt a. M.

Infos: <http://www.hbs-hessen.de/singleview/article/447/klimaschutz.html>

19. - 20. September 2008

RegioSolar-Konferenz und Kommunalforum 2008

Veranstalter: BSW-Solar e.V mit regionaler Unterstützung von der Sonneninitiative Marburg e.V.

Ort: Philipps Universität Marburg, Alte Aula, Lahntor 3, 35032 Marburg an der Lahn

Infos: <http://www.regiosolar.de/konferenz/>

29. – 30. September 2008

Netzwerk21-Kongress: Wie kann nachhaltiges Handeln wirksam in Kommunen verankert werden?

Veranstalter: Netzwerk ökologische Bewegungen

Ort: Leipzig

Infos: http://www.netzwerk21kongress.de/de/programm_2008.asp

7. Oktober 2008

Workshop „Tatort: Energiekommune“

Veranstalter: Deutsche Umwelthilfe

Ort: Jena

Infos: http://www.energiekommunal.de/uploads/media/Flyer_Workshops_Herbst_2008.pdf

9. Oktober 2008

Workshop „Tatort: Energiekommune“

Veranstalter: Deutsche Umwelthilfe

Ort: Hannover

http://www.energiekommunal.de/uploads/media/Flyer_Workshops_Herbst_2008.pdf

20.-22. November 2008

8. Kommunale Klimaschutz-Konferenz 2008 (mit Workshop „Tatort: Energiekommune“)

Veranstalter: Klima-Bündnis und Deutsche Umwelthilfe e.V

Ort: Nürnberg

Infos: <http://klimabuendnis.kbserver.de/kokliko2008-programm.html?&L=1>

und europa@klimabuendnis.org

27. November 2008

Rückkehr des Staates. Öffentliche Verantwortung für Wirtschaft und Beschäftigung

Veranstalter: Hans-Böckler-Stiftung

Ort: Berlin, Hotel Maritim ProArte, Friedrichstraße

Infos: http://www.boeckler.de/33_90213.html

5. Veröffentlichungen

Kommunikationsratgeber zum Ausbau Erneuerbarer Energien

Erneuerbare Energien brauchen Akzeptanz vor allem auf kommunaler und regionaler Ebene. Grundlegende Entscheidungen – wie z.B. die Standortwahl oder Dimensionierung von Anlagen –, die die Akzeptanz des weiteren Ausbaus der Erneuerbaren Energien ganz wesentlich mit bestimmen und lassen sich in der Regel nachträglich kaum korrigieren. Daher ist für eine erfolgreiche Umsetzung von Projekten eine frühzeitige Einbeziehung aller relevanten Akteure unbedingt erforderlich. Der Kommunikationsratgeber zeigt Wege auf, wie Information, Beteiligung und Zusammenarbeit von Investoren, Planern, Behörden, Naturschützern und Bevölkerung aktiv und konstruktiv gestaltet werden können. Das Projekt hat auch deutlich gemacht, dass <http://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/20.pdf>

Broschüre "Städte im Wandel"

Die Broschüre zeigt, welche vielfältigen Handlungsmöglichkeiten den Kommunen in Sachen Klimaschutz zur Verfügung stehen – vom Ausbau des Radwege- und Nahverkehrsnetzes über die energetische Sanierung kommunaler Gebäude bis hin zur Festlegung klimafreundlicher Standards in Bebauungsplänen.

http://www.localclimateprotection.eu/fileadmin/klimaschutz/inhalte/downloads/staedte-im-wandel_web.pdf

Nachrichtendienst des Verbandes Kommunaler Unternehmen

Ausgabe 716 August 2008

Die Augustausgabe beinhaltet u.a. Beiträge zur kommunalen Wasserwirtschaft, zur Sicherheit der Stromversorgung in Deutschland, zum Energieverbrauch im Bereich Gas, zur steuerlichen

Behandlung von Konzessionsabgaben, zum EuGH-Urteil zur unmittelbaren Anwendung der Energie-Steuerrichtlinie

http://www.vku.de/vkuGips/VKU/vku.de/VKU-Nachrichtendienst/VKU_Nachrichtendienst/Nachrichtendienst_716e.pdf

6. Personalien – Linke Mandate

Neu als Bürgermeisterin in Berthelsdorf und als Vizefraktionschefin im Landkreis

Janet Jähne, im Juni 2008 zur ehrenamtliche Bürgermeisterin im sächsischen Berthelsdorf/Oberlausitz gewählt, wurde am 12. Juli Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Kreistagsfraktion der LINKEN im neuen Landkreis Görlitz. Sie war zuvor Kreistagsfraktionschefin der LINKEN im Altkreis Zittau.

Kamenzer OB nun auch für die LINKE im Kreistag

Der mit Unterstützung der LINKEN im Juni 2008 zum Oberbürgermeister der Lessingstadt Kamenz gewählte Parteilose Roland Dantz sitzt jetzt zusätzlich für die LINKE im Kreistag des neuen sächsischen Landkreises Bautzen, der zum 1. August 2008 aus der Fusion der Kreise Bautzen und Kamenz sowie die bisher kreisfreien Stadt Hoyerswerda entstand. Dantz ist Mitglied der internationalen Organisation „Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für den Frieden“ („Mayors for Peace“).

Neuer OB in Glauchau

Dr. Peter Dresler (parteilos) trat am 1. August 2008 seinen Dienst als neuer Oberbürgermeister der sächsischen Großen Kreisstadt Glauchau an. Er wurde von einem Wahlbündnis aus LINKE, SPD und CDU nominiert und setzte sich bereits im ersten Wahlgang mit 62,8 Prozent der gültigen Stimmen klar gegen den Amtsinhaber durch.

OB-Dienstantritt in Wurzen

Am 1. August 2008 trat auch der neue Wurzener Oberbürgermeister Jörg Röglin (parteilos, Wahlbündnis mit Unterstützung der LINKEN) seinen Dienst in der im Kreis Leipzig gelegenen Stadt an. Er erreichte in der Stichwahl gegen den CDU-Amtsinhaber 60 Prozent. Im Wahlkampf kritisierte Röglin besonders die Zurückhaltung der Stadtverwaltung im Kampf gegen den Rechtsextremismus: „Für mich ist klar, dass das in Wurzen drängende Problem, dem Rechtsextremismus entgegenzutreten, endlich Chefsache werden muss.“ Für ihn, so Röglin weiter, sei das auch in Bezug auf das Image der Stadt eine Angelegenheit mit Priorität, die nicht nur ein Problem der Polizei, sondern der Kommunalpolitik darstelle.

7. Kontakte

Katrin Kunert

Kommunal- und sportpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag

Tel.: 030 227 74488

Fax: 030 227 76489

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: katrin.kunert.@bundestag.de

Dr. Petra Brangsch

wiss. Mitarbeiterin der Bundestagsabgeordneten Katrin Kunert

Tel.: 030 227 74490

Fax: 030 227 76489

Funk: 0172 3124439

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: katrin.kunert.ma02@bundestag.de

Dr. Manfred Klaus

Referent für Regional- und Kommunalpolitik

Tel.: 030 227 55110

Fax: 030 227 56413

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: manfred.klaus@linksfraktion.de

Felicitas Weck

Referentin Bund-Länder-Koordination

Tel.: 030 227 52114

Fax: 030 227 56411

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: felicitas.weck@linksfraktion.de

